

Glattfelden, Uetikon am See und Winterthur, 10. September 2001

KR-Nr. 280/2001

**POSTULAT** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Markus Brandenberger (SP, Uetikon am See) und Hans Fahrni (EVP, Winterthur)

betreffend Integration von behinderten Menschen in die Arbeitswelt

---

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Grundlagen zu erstellen, damit Menschen mit einer Behinderung besser in der Arbeitswelt integriert werden. Das Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Behinderung muss vergrössert werden. Durch fachliche Beratung sollen Arbeitgeberinnen in ihrem Bestreben behinderte Menschen zu beschäftigen, Unterstützung erhalten. Im weiteren sollen finanzielle Anreize für Firmen geschaffen werden, welche behinderte Menschen beschäftigen.

Susanne Rihs-Lanz  
Markus Brandenberger  
Hans Fahrni

Begründung:

Integration geschieht in allen Lebensbereichen. Eine zentrale Rolle für die Eingliederung von behinderten Menschen kommt aber ohne Zweifel der Arbeitstätigkeit zu. In der Arbeit finden Menschen Bestätigung und Befriedigung. In der Arbeit können sie sich verwirklichen und kommen in Kontakt mit anderen Menschen. Auf diese Bedürfnisse sollen alle Anspruch haben, auch Menschen mit einer Behinderung. Der Zugang Behinderter zum Beruf soll nicht als ein Entgegenkommen des Staates angesehen werden, sondern als ein Grundrecht für jeden Menschen. Aus diesem Grund müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Menschen mit einer Behinderung die Möglichkeit haben, in möglichst allen beruflichen Sparten zu arbeiten.

Es reicht nicht aus, dass wir gute Sozialversicherungen haben und geschützte Werkstätten unterstützen. Es müssen Modelle ausgearbeitet werden, welche die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber motivieren, vermehrt behinderte Menschen auszubilden und anzustellen. Firmen, welche Menschen mit einer Behinderung beschäftigen, sollen deshalb Anspruch auf finanzielle Entlastung haben. Die heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen reichen bei weitem nicht aus, um mit nachhaltigen und umfassenden Lösungen zur vollen Teilhabe behinderter Menschen an der Berufswelt zu gelangen. Der Kanton Zürich könnte auch in diesem Bereich eine Vorreiterrolle spielen.